

Historische Wahlen mit Kuchen und Schnee

Autor(en): **Hofer, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Nebenspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **119 (1993)**

Heft 11

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-603460>

Nutzungsbedingungen

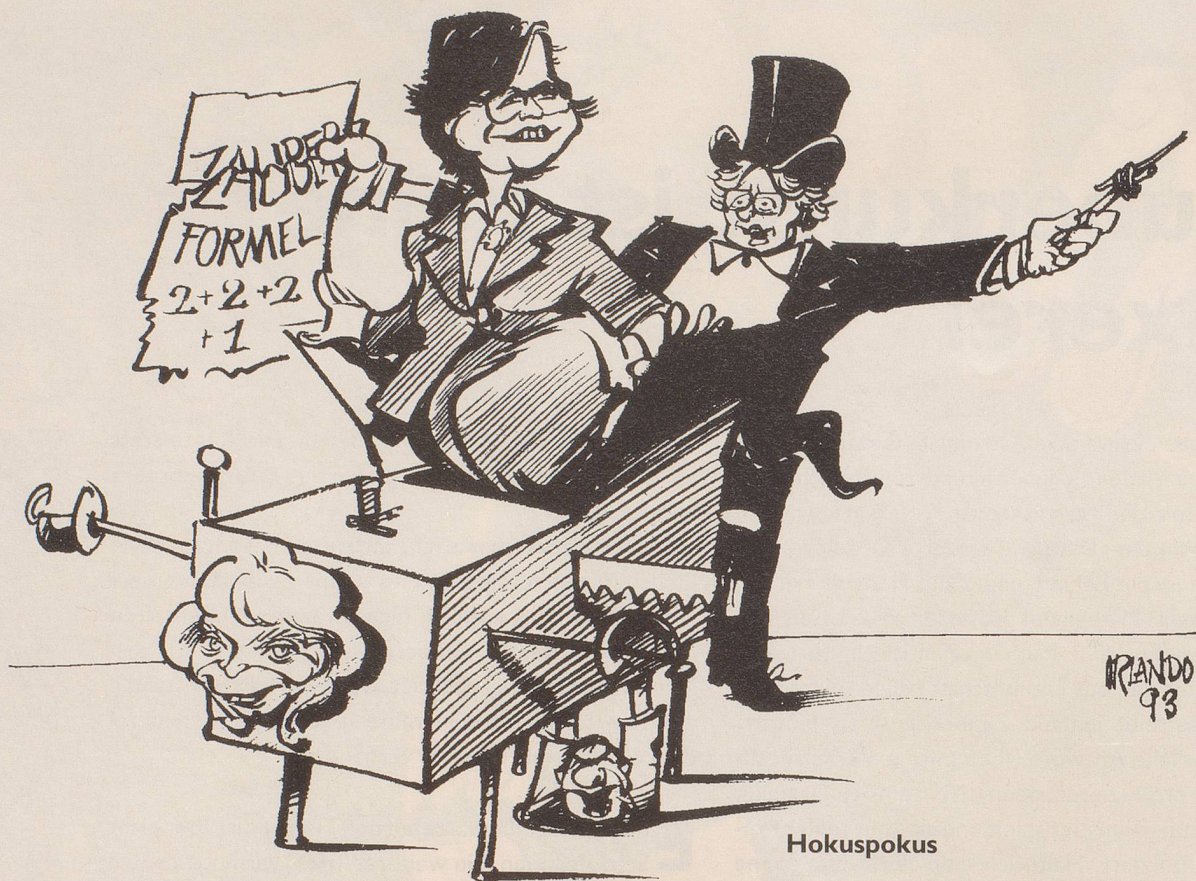
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



ORLANDO EISENMANN

Hokuspokus

Bruno Hofer

Historische Wahlen mit Kuchen und Schnee

Natürlich ist — wie immer, wenn Politiker jämmerlich versagt haben — das System schuld. In Windeseile werden nun, als Folge der verpatzten Bundesratswahl, Vorstösse deponiert zur Revision der Bundesverfassung. Dabei hätte es gereicht, die Geschichte zu studieren, und schon hätte man das Debakel kommen sehen. Schuld ist nämlich — man höre und staune: das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz.

Beginnen wir aber von vorn, und erläutern wir noch nebenbei, wie man mit den Medien eine Bundesrätin macht. An der ersten Bundesratssitzung (15. Januar) des neuen Jahres reicht René Felber völlig überraschend seinen Rücktritt ein. Vorabsprachen mit Partei und Fraktion finden nicht statt. Alle sind perplex. Das Fernsehen DRS nominiert Christiane Brunner. Dann folgt alles Schlag auf Schlag. Am 19. Januar hebt sie der Genfer Parteivorstand einstimmig auf

den Schild, wenig später die Kantonalpartei (bei mässiger Präsenz allerdings).

Heisse Wanderkartoffel

Am 29. Januar, am Rande des Albisgütli-Treffens zwischen Blocher und Ogi, zirkulieren Inhalte eines anonymen Schreibens gegen Frau Brunner. Journalisten verschiedener Sonntagsmedien nehmen davon Kenntnis und wehren sich, diesen «Primeur» zu verwenden. Gleichentags erfolgen

auch erste Anfragen beim SP-Sekretariat. Stellungnahmen werden verweigert, niemand schreibt etwas. Die heisse Kartoffel wandert ...

Am 1. Februar sagen die Genfer Liberalen nein zur Kandidatur Brunner. Am Dienstag folgt der erste Hinweis im *Blick*: Klar sei nur, dass die Genfer Powerfrau nicht nur Freunde habe. Einen Tag später erwähnt *Blick* erstmals die Existenz des anonymen Schreibens, ohne daraus zu zitieren. Gleichzeitig wird der FDP-Generalsekretär Kauter erwähnt, der «eine Art Unbedenklichkeitserklärung fordert». Am Nachmittag des 3. Februar publiziert die Nachrichtenagentur AP einen längeren Artikel, woraus hervorgeht, dass in der Fraktion Frau Brunner gegenüber Herrn Matthey mit vier zu eins im Vorsprung liegt. Gleichzeitig wird CVP-Parteipräsident Carlo Schmid zitiert, der ebenfalls «eine Art Unbedenklichkeitserklärung»

fördern soll (was selbiger nachträglich dementiert).

Der Lostritt der Schlammschlacht erfolgt aber durch die Schweizerische Politische Korrespondenz spk, die gegen Abend erstmals das anonyme Schreiben konkret erwähnt. Die breite Publikation besorgt Radio DRS in den 17-Uhr-Nachrichten. Im «Echo der Zeit» kommentiert Ursula Hürzeler die Tatsache, dass anonyme Vorwürfe veröffentlicht wurden. Am 6. Februar muss CVP-Parteipräsident Carlo Schmid ein Gewitter über sich ergehen lassen. Er taucht ab.

Signale zum Deuten

Erst am Dienstag, 9. Februar 1993, dementiert Christiane Brunner im Beisein von Ruth Dreifuss, SPS-Generalsekretär André Daguët und Sprecher Rolf Zimmermann eindeutig die Existenz kompromittierender Fakten. Natürlich wäre diese Stellungnahme bereits am ersten Tag der Journalistenanfrage (29. Januar) problemlos machbar gewesen, aber dann hätte man niemand den Vorwurf anhängen können, er sei für eine Schlammschlacht verantwortlich. So kann Peter Bodenmann CVP-Präsident Carlo Schmid und FDP-Generalsekretär Christian Kauter den Schwarzen Peter zuspielen. Das Weitere ist Routine: Am 12. Februar nominiert die Geschäftsleitung der SP Christiane Brunner mit 15:1. Am 13. folgt der Parteivorstand, am 19. die Fraktion mit 32:10. Die SP verspricht, weder Druckversuche noch Austrittsszenarien zu diskutieren. Bürgerliche deuten diese Signale in jene Richtung, dass ein allfällig gewählter Francis Matthey die Wahl annehmen darf. Wie wir wissen, kam es anders.

Das Tränengas gegen demonstrierende Frauen war danach wirklich eine traurige Angelegenheit. Traurig war ferner, dass der schneeballbeworfene Bundesrat Kaspar Villiger nicht den Mut zum Humor fand, die Schneeballschlacht zu seinen Gunsten zu wenden – allenfalls mit Hilfe seines persönlichen Mitarbeiters oder seines Generalsekretärs. Das alles waren historische Augenblicke wie jener Zwischenfall mit den Fruchteukuchen, die den Boten vor dem Bundeshaus aus den Händen gerissen wurden. Der Mantel der Geschichte hat die Schweiz an jenem Mittwoch wahrhaftig gestreift. Ausgerechnet an diesem Tag wurde das Bundeshaus mit frischem Schnee blütenweiss und daunenweich eingeseget.

Weniger historisch einmalig ist der Vorstoss der grünen Politikerin Leni Robert, die Bundesräte durch das Volk wählen zu las-

sen. Den historisch einwandfrei belegten ersten Vorstoss in diese Richtung unternahmen Ende Juni 1865 Burschen der Studentenverbindung Helvetia. Für Frau Robert gewiss ganz unverdächtige Vorgänger ...

Nun: Es sei seit 1875 nicht mehr vorgekommen, dass ein gewählter Bundesrat nicht sofort Annahme der Wahl erklärt habe. Dieses historische Faktum ist nicht zu bestreiten. Wohl hätte aber, bei genauerem Studium jenes Vorfalls, das Debakel bereits am ersten Montag der Session erahnt werden können. Es stand – es wurde oben erwähnt – das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz auf der Traktandenliste. Erstmals seit 1889 wird dieses Regelwerk einer Teil-

revision unterzogen. Da hätten die Alarmglocken klingeln müssen.

Der 1875 gewählte Bundesrat Ruchonnetz nahm nach acht Tagen Bedenkzeit sein Mandat deshalb nicht an, weil der gleichentags vor ihm gewählte neue Magistrat Anderwerth ihm das Justiz- und Polizeidepartement weggeschnappt hatte. Bekanntlich erschoss sich Anderwerth 1880 auf der Bundesterrasse. Daraufhin wurde Ruchonnetz erneut gewählt, und er nahm das Amt an, da die Aussicht bestand, das EJPD nun doch zu übernehmen. Und welches war nun die grösste Leistung dieses Bundesrates: Er schuf das 1889 in Kraft getretene Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz!

Willi Wullschleger

Von der Zangengeburt einer Bundesrätin

Uff, nun ist die Eidgenossenschaft doch noch zu einer Bundesrätin gekommen. Notwendig war allerdings eine kräftezehrende Zangengeburt, an der gleich mehrere Hebammen und Notfallärzte, Anästhesisten und Therapeuten beteiligt waren. Am Schluss, nachdem ein geschickter Narkosearzt das ganze bürgerliche Lager eingelullt hatte, war alles klar: Ruth Dreifuss, die in Genf aufgewachsene, in Bern wohnhafte und seit wenigen Tagen per Heimatschein in die Calvinstadt transferierte 53jährige Gewerkschafterin hat ihre Wahl in den Bundesrat angenommen. Für Spannung und Aufregung in den drei Wahlgängen haben die zwei grossen bürgerlichen Fraktionen CVP und FDP gesorgt, als Pausenclown trat die SVP-Fraktion auf, für die Transfersumme der unbekannteren Ruth Dreifuss, die bis anhin in der zweiten Liga spielte und nun plötzlich in der Nationalliga A mitkickt, ist die SP-Fraktion aufgekommen, und als tüchtige Sponsoren des ungewöhnlichen Deals konnten schliesslich die Nationalräte der Autopartei gewonnen werden.

Ende gut, alles gut? Nicht ganz. So wie die Wahl des hundertsten Bundesrates über die Bühne gegangen ist, bleiben Fragen offen. Vom Chüngelizüchterverein, der seine Vorstandswahl seriöser vorbereite als die vereinigte Bundesversammlung, war aus dem Munde des SVP-Fraktionspräsidenten Theo Fischer zu hören, und Autoparteipräsident Jürg Scherrer zog Honeckers DDR als Vergleich heran. Draussen vor dem Bundeshaus wetterten erzürnte Frauen über die Päcklipolitik der Parlament-Machos, derweil im Fernsehstudio in Zürich alt Nationalrätin Anita Fetz von einer Sauerei sprach.

Die Schlacht ist geschlagen, das Kind mit viel Ach und Krach auf die Welt gekommen. Den Presswehen der bürgerlichen Mutter und der Ungeduld des linken Vaters hat der neue Bundeshaus-Erdenbürger erfolgreich getrotzt. Jetzt muss sich Ruth Dreifuss im Kreis von sechs Männern nur noch durchsetzen können, auf dass bald einmal eine ganze Nation nach einer weiteren weiblichen Bundesrätin rufen wird. Die Frage ist nur, ob sich nach so vielen Intrigen und Ranküne überhaupt noch eine Frau finden lässt, die bereit ist, auf dem Bundeshaus-Gebärstuhl in diese kalte Politlandschaft hinausgedrückt zu werden.